

Studienplatzbewirtschaftung und Freigabe der Studiengebühren – Soziale Selektion?!

Immer wieder hört man in den Medien die beiden Schlagwörter: Studienplatzbewirtschaftung und Freigabe der Studiengebühren. Besonders die Rektoren der Universitäten nehmen diese gerne in den Mund und diskutieren öffentlich darüber. In diesem Artikel möchte ich diese beiden Themen beleuchten und zeigen, wieso diese niemals umgesetzt werden sollten.

Die Rektorenkonferenz äußert derzeit immer wieder ihre Forderung nach einer gesetzlichen Studienplatzbewirtschaftung. Der Grundtenor: „Die derzeitigen Kapazitäten sind in einer Reihe von Universitäten bzw. Studienrichtungen vor allem hinsichtlich der Betreuungsverhältnisse nach internationalen Maßstäben inakzeptabel.“ Es ist verständlich, dass durch eine hohe Zahl an Studierenden in einer Studienrichtung und ohne genügend Budget das Betreuungsverhältnis sinkt und die Qualität der Lehre dadurch abnimmt. Jedoch darf und soll es nicht Ziel der Regierung sein, durch eine Studienplatzbewirtschaftung dieser Entwicklung ein Ende zu bereiten. Vielmehr muss die Regierung neue Finanzierungsmodelle für die Universitäten ausarbeiten, um jeden Studierenden das studieren lassen zu können, was er/sie studieren will und nicht das studieren zu müssen, wo es gerade noch freie Plätze gibt. Der fast freie Hochschulzugang Österreichs ist ein Gut und ein Privileg, das wir schützen müssen, um in Europa als Vorbild dienen zu können.

KlassenschülerInnen-Höchstzahlen

Die Rektorenkonferenz wünscht sich zunächst mal, dass die Regierung überhaupt den Diskussionsprozess über eine solche Studienplatzbewirtschaftung star-

tet. Laut den Rektoren zerbreche sich Regierung über KlassenschülerInnen-Höchstzahlen von 30 oder 25 Schülern und Schülerinnen den Kopf, denken aber nicht darüber nach, diese Diskussion auch für die Universitäten zu führen. Ob ein Studiengang von 30 oder von 300 Studierenden besucht wird, lässt die Regierung derzeit kalt, hier fordern die Rektoren „ausdrücklich die Festlegung von Ausbildungskapazitäten“ an den Universitäten und eine darauf abgestellte Finanzierung.

In jeder Forderung hört man/frau den Grund heraus: die Unterfinanzierung der Universitäten. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung und der Regierung sollte dieses Recht einiges Wert sein. Neben dem Bund, der durch einen besseren Staatshaushalt noch viele Finanzierungsmöglichkeiten für die Universitäten finden könnte, sind meiner Meinung nach auch die Länder gefragt. Eine Universität ist ein großer Wirtschaftsfaktor für eine Region. Die Länder sollten diesem Umstand Tribut zollen und auch ihren Beitrag leisten.

Einen großen Budgetposten der Universitäten machen zum Beispiel die Mieten für die Gebäude aus, die meist der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) gehören. Ein Erlass der Mieten wäre erhebliche Steigerung des operativen Budgets der Universitäten und könnte zumindest ein wenig zur Verbesserung beitragen. So müssen die Universitäten Millionen für Mieten an die BIG zahlen, somit vom Bund erhaltenes Geld wieder dem Bund zurückzahlen. Eigentlich irrsinnig.

AkademikerInnen-Quote

Der Klagenfurter Hochschulforscher Hans Pechar stellt dem derzeitigen freien Hochschulzugang kein gutes Zeugnis aus. Die im internationalen Vergleich niedrige AkademikerInnenquote Österreichs spreche laut Pechar nicht dafür, dass dieses Modell die gewünschten Effekte bringt. Im Gegenteil hätte der Zustrom an einige

Studienrichtungen dort zu schlechten Betreuungsverhältnissen und Ausstattungsproblemen geführt. Ich bin mit Pechars Ausführungen nicht wirklich zufrieden. Wie wir aus den Medien wissen, ist Österreichs AkademikerInnenquote eigentlich nicht so niedrig wie in anderen Ländern. In anderen Ländern werden Abgänger und Abgängerinnen vereinzelter Schultypen als Akademiker und Akademikerinnen bezeichnet. Pädaks werden zu pädagogischen Hochschulen, somit erhöht sich die AkademikerInnenquote schon um einiges. Pechar hat natürlich Recht, wenn er sagt, dass ein Zustrom von Studierenden ein Ausstattungsproblem verursacht, warum dies nun zu einer niedrigeren AkademikerInnenquote führen soll, verschweigt er, weil der Zusammenhang nicht gegeben ist. Der niedrigen AkademikerInnenquote muss auf allen Ebenen entgegengewirkt werden, und nicht nur darauf reduziert werden, dass der freie Hochschulzugang an allem Schuld sei.

Selektives Sekundar-Schulsystem

Die Rektorenkonferenz hat sich auch darüber Gedanken gemacht, warum so wenig Kinder von „bildungsfernen Schichten“, also Kinder deren Eltern selbst keine Matura haben, an den Universitäten so stark unterrepräsentiert sind. Die Rektorenkonferenz sieht hier das Problem im Schulsystem. Das Sekundar-schulsystem hat „selektiven Charakter“ und diesem sollte viel mehr Bedeutung zukommen als eventuellen Auswahlverfahren beim Hochschulzugang oder Studiengebühren.

Hier hat meiner Meinung nach die Rektorenkonferenz teilweise nicht Unrecht. Probleme müssen immer an ihrer Wurzel angepackt werden, spätere Korrekturen sind immer mit Schwierigkeiten verbunden. Das österreichische Schulsystem gehört schon längst reformiert. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung

wäre die Einführung einer Gesamtschule, gegen die sich die ÖVP aber noch immer sträubt, obwohl der steiermärkische Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (ÖVP) sich nun auch schon dafür ausspricht. Vielleicht erkennt die Regierung doch endlich den Ernst der Lage und handelt zumindest in diesem Bereich vernünftig.

Freigabe der Studiengebühren?

„Solange die Zahl der StudienbewerberInnen die vorhandenen Kapazitäten überschreitet und sich die öffentliche Hand zu einer Finanzierung von Kapazitätserweiterungen nicht bereit findet, bzw. sich zu einer Studienplatzbeschränkung bekennt, ist den Universitäten das Recht zur Anwendung autonom gestalteter Auswahlverfahren zu geben“, so ein aktueller Beschluss der Rektorenkonferenz. Auf gut deutsch: Entweder bekommen die Universitäten mehr Geld – gekoppelt an die Zahl der Studierenden – oder die Möglichkeit, Studienplätze eigenmächtig zu beschränken indem sich die Universitäten ihre Studierenden selbst aussuchen.

Bei der Freigabe der Studiengebühren an sich zeigen die Rektoren aber keine Einnigkeit. Hat unser Rektor Sünkel bereits vor langer Zeit die Freigabe der Studiengebühren gefordert, sieht das sein Rektorenkollege der Uni Linz, Rudolf Ardel, anders. Auch wenn solch eine Freigabe die logische Konsequenz einer vollen Hochschulautonomie wäre, würde er sich die politische Verantwortung für diese Entscheidung nicht aufbürden lassen.

Eine Freigabe der Studiengebühren würde den Universitäten auch viel Spielraum geben und sie würden zeigen, was ihnen wirklich am Herzen liegt: Sollte sich eine Universität für die Abschaffung entscheiden, hätte sie das Problem, dass sie von vielen Studierenden anderer Universitäten „überrannt“ wird. Ein Qualitätsverlust in der Lehre wäre vorprogrammiert. Die wahrscheinlichere Variante wäre die Erhöhung der Studiengebühren durch die Universitäten. Universitäten von Söhnen und Töchtern reicher Eltern. Zwar könnte die Universität ihren Fokus viel mehr auf die Forschungsaktivitäten legen, der freie Hochschulzugang wäre damit aber endgültig gestorben, ein Szenario, das wir alle nicht wollen, das aber schon in den Köpfen vieler Rektoren und Rektorinnen, vieler Politiker und Politikerinnen herumgeistert.

Was wäre wenn – ein Minister, der nicht weiß was er will

Gio Hahn, unser neuer Minister für Wissenschaft und Forschung hatte es nicht leicht. Kaum hatte er die Zelte in seinem neuen Büro aufgeschlagen, musste er sich vollends in die Diskussion rund um die Studiengebühren und die Freigabe der Studiengebühren stürzen. Und prompt startete er eine Verwirrungstaktik indem er einmal für etwas ist, einmal dagegen und ein anderes mal muss er noch darüber nachdenken. Auch Gio Hahn hat laut über die Freigabe der Studiengebühren nachgedacht, und sprach danach von einer „nicht aktuellen Idee.“ Er habe lediglich auf die Frage geantwortet, welche Aufgaben im Rahmen der Hochschul-Autonomie den Hochschulen wohl übertragen werden könnten. Ein „Was-Wäre-Wenn“-Spiel, das so gar kein Spiel mehr ist.

Mut zur freien Bildung

Die Regierung ist zwar erst kurz im Amt, hat aber schon keine Ideen mehr, anders kann man die derzeitige Situation nicht beschreiben. Die Regierung muss sich entscheiden, ob sie sich weiterhin mit Tausenden von Menschen verscherzt und den Forderungen der Rektorenkonferenz nachkommt, oder sich endlich zum freien Hochschulzugang bekennt, zur freien



Christian Dobnik

Bildung für jeden Menschen, die Zügel in die Hand nimmt und die Universitäten so finanziert, dass diese nicht weiter an Lehrqualität verlieren. Wie immer ist die Regierung gefragt, ob sie was tut oder gewillt ist, was zu tun, ist leider eine Frage, die es noch zu beantworten gilt.

Christian Dobnik
dobnik@htu.tugraz.at
2. stv. Vorsitzender

